Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/ 380

# Mündliche Anfragen

## gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 28. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 9. Mai 1962 29. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 11. Mai 1962

### I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

I. 1. Abgeordnete **Frau Meermann**

Wann hat die Bundesregierung bei den Landesfilmdiensten angefragt, ob sie auf den Einsatz der Kopien des Filmes „Bewährungsprobe Berlin" verzichten wollen?

I. 2. Abgeordnete **Frau Meermann**

Haben alle Landesfilmdienste erklärt, daß sie nicht bereit sind, auf den Einsatz der Kopien des Filmes „Bewährungsprobe Berlin" zu verzichten?

### II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

II. 1. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, die französische Regierung zu bitten, nach dem Friedensschluß in Algerien heimkehrwillige deutsche Fremdenlegionäre vorzeitig zu entlassen?

II. 2. Abgeordneter **Dr. Dörinkel**

Teilt die Bundesregierung die allgemeine Meinung, daß der kuweitische Staatsangehörige, Scheich Abdullah al-Jaber al-Sabah, anläßlich seiner Eheschließung mit einer minderjährigen Deutschen am 23. März 1961 vor dem Standesamt in Kiel Betrug und Bigamie begangen hat?

II. 3. Abgeordneter **Dr. Dörinkel**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diplomatische Schritte einzuleiten, damit der des Betruges und der Bigamie beschuldigte Scheich Abdullah al-Jaber al-Sabah, der in Kuweit als Unterrichts- und Justizminister amtiert, zur Rechenschaft gezogen und den ir der Bundesrepublik geschädigten Personen Schadenersatz geleistet wird?

II. 4. Abgeordneter **Felder**

Wie beurteilt das Auswärtige Amt die Vorlage der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände zur Verbesserung der Arbeit an den deutschen Auslandsschulen, vor allem im Hinblick auf die Anregung, in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz eine Zentralstelle für das deutsche Auslandsschulwesen zu schaffen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

## III. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

III. 1. Abgeordneter **Varelmann**

Ist für den Fall, daß sich der Index für Lebenshaltungskosten in der Rubrik „Wohnungen" nur auf Altbauwohnungen erstreckt, die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, daß auch der Aufwand für Neubauwohnungen (Wohnungen aus dem sozialen Wohnungsbau und frei finanzierte Wohnungen) mit einbezogen wird?

III. 2. Abgeordneter **Dürr**

Welche Druck- und Versandkosten würden der Bundesregierung entstehen, wenn sie allen Leihbüchereien in der Bundesrepublik eine Zusammenstellung der bisher in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufgenommenen Leihbuchromane übersenden würde?

III. 3. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

In welchem Stadium sind die Verhandlungen über das Problem der Altersversorgung der älteren Angestellten des öffentlichen Dienstes, von deren baldigem Abschluß Staatssekretär Dr. Hölzl in der Fragestunde der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Juni 1961 gesprochen hat?

III. 4. Abgeordneter **Lohmar**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Finanzierung der Arbeit des Senders Freies Berlin und der Deutschen Welle sicherzustellen?

III. 5. Abgeordneter **Keller**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß russische Militärflugzeuge unbemerkt die Zonengrenze überfliegen und - laut Zeitungsberichten - etwa zehn Kilometer von Braunschweig entfernt über westdeutschem Gebiet ein Nürnberger Sportflugzeug zur Landung in der SBZ zwingen?

III. 6. Abgeordneter **Keller**

Hält die Bundesregierung die Warnschilder an der Zonengrenze für ausreichend, um zu verhindern, daß westdeutsche Menschen, wie am Karfreitag der Bundeswehrfahnenjunker Hilpert Spohr und drei Kameraden, so in Grenznähe geraten können, daß Vopos sie beschießen und ernsthaft gefährden?

## IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

IV. 1. Abgeordneter **Rehs**

Hält die Bundesregierung es heute noch für angemessen, daß die unterhaltsrechtliche Position des unehelichen Kindes (§ 1708 BGB) sich allein nach der Lebensstellung der Mutter bestimmt?

IV. 2. Abgeordneter **Rehs**

Wird die Bundesregierung bereits vor Erfüllung des Verfassungsauftrages gemäß Artikel 6 Abs. 5 GG auf Änderung des Unehelichenrechtes dem Bundestag eine Vorlage mit dem Ziel unterbreiten, die unterhaltsrechtliche Position des unehelichen Kindes zu verbessern?

## V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

V. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Welches Ergebnis haben die bisherigen Beratungen der beim Bundesfinanzministerium eingesetzten Kommission über die Einführung eines Institutes einer verbindlichen Auskunft im Steuerrecht gehabt?

V. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Möglichkeiten sieht der Herr Bundesfinanzminister, zu erreichen, daß nicht nur Studienkosten der Kinder steuerlich bei den Eltern berücksichtigt werden, sondern daß auch Studenten selbst — z. B. elternlose Werkstudenten — die Möglichkeit erhalten, Studienkosten steuerlich geltend zu machen?

V. 3. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Kann die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die beim Verkauf eines kraftfahrzeugsteuerpflichtigen Fahrzeugs nicht verbrauchten Steuern auf die Steuerschuld für ein zum gleichen Zeitpunkt gekauftes anderes Fahrzeug angerechnet werden können?

V. 4. Abgeordneter **Jahn**

Ist der Herr Bundesfinanzminister bereit, solche Mehraufwendungen als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen, die für Steuerpflichtige mit überdurchschnittlicher Körpergröße (lange Menschen) infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit entstehen?

## VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter **Büttner**

Welche gesetzlichen Möglichkeiten gibt es, einem Tierhändler die Konzession zum Tierhandel zu entziehen, bevor ein anhängiges Strafverfahren wegen Tierquälerei abgeschlossen ist?

## VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Abgeordneter **Büttner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus dem Ausland, z.B. aus den Niederlanden, Tiere (Hunde) in größeren Mengen ohne veterinärpolizeiliche Untersuchung zu Handelszwecken eingeführt und damit Seuchen, die sowohl Menschen als auch Tiere gefährden, eingeschleppt werden können?

## VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

Abgeordnete **Frau Korspeter**

Wann wird die Bundesregierung in Ausführung des vom Bundestag am 13. Dezember 1961 erteilten Auftrags über ihre Vorschläge zur Beseitigung der Härten berichten, die sich im

Zusammenhang mit der Rentenanpassung aus der Anrechnung der Rentenerhöhungen auf andere gesetzliche Sozialleistungen für viele Rentner, insbesondere für Kriegsopfer, ergeben?

## IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IX. 1. Abgeordneter **Schultz**

Findet es die Billigung des Herrn Bundesverteidigungsministers, daß die Beschwerde eines Soldaten nach § 1 Abs. 1 der Wehrbeschwerdeordnung — eingereicht am 12. Juni, wiederholt am 31. Oktober 1961 — bis heute noch nicht entschieden ist?

IX. 2. Abgeordneter **Felder**

Welche Folgerungen zieht das Bundesverteidigungsministerium aus der widerrechtlichen Benutzung von Bundeswehrfahrzeugen durch Soldaten, wie sie der Prozeß vom 26. April 1962 vor dem Jugendschöffengericht Traunstein über den tödlichen Unfall des Gefreiten Dieter Zink (Geb. Jg. Btl. 231 Bad Reichenhall) auf dem Truppenübungsplatz Hohenfels offenbart hat?

## X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist die Bundesregierung bereit, den Autofirmen zu empfehlen, serienmäßig oder als Zusatzgerät in die Automobile einen Papier- und Abfallbehälter so einzubauen, daß er am Parkplatz oder zu Hause leicht entleert und somit ein Beitrag zur Reinhaltung unserer Straßen geleistet werden kann?

## XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Herr Bundespostminister bereit zu prüfen, ob — ähnlich wie in den USA — ein „Dienst für die öffentliche Meinung" eingerichtet werden kann, in welchem der Staatsbürger Parlament und Regierung gegenüber seinem Ärger Luft machen und seine Sorgen vortragen kann?

XI. 2. Abgeordneter **Varelmann**

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß die Teilnehmer am Fernsprechverkehr aus den Orten, die nicht dem Selbstwählbetrieb angeschlossen sind, für Gespräche von gleicher Dauer höhere Telefongebühren zu zahlen haben als in den Orten mit Selbstwählbetrieb im Fernverkehr?

XI. 3. Abgeordneter **Varelmann**

Sind für Gespräche von Orten, die nicht dem Selbstwählverkehr angeschlossen sind, nicht insbesondere bei Gesprächen von kurzer Dauer höhere Gebühren zu zahlen, in gewissen Fällen bis zu fünffacher Höhe?

XI. 4. Abgeordneter **Felder**

Ist der Herr Bundespostminister bereit, seine Behördenleiter nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß die Achtung vor dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung bei der Entscheidung über den Aushang von gewerkschaftlichen Veröffentlichungen am Schwarzen Brett eines Staatsbetriebes der jeweils eigenen politischen oder parteipolitischen Einstellung gegenüber absoluten Vorrang genießt?

## XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter **Schmidt (Würgendorf)**

Ist der Herr Bundeswohnungsbauminister in der Lage, den Termin für das Inkrafttreten der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung), die dem Bundesrat am 15. Februar 1962 zwecks Zustimmung übermittelt wurde und auf deren Erlaß die Gemeinden dringend warten, anzugeben?

## XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter den ausländischen Arbeitern, die in großer Zahl im sog. ungelenkten Verfahren in die Bundesrepublik einreisen, zahlreiche aktive, z. T. auch offene Tuberkulosefälle festgestellt wurden?

XIII. 2. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft durch eine ärztliche Untersuchung der im „ungelenkten Verfahren" einreisenden ausländischen Arbeiter sicherzustellen, daß nur solche Arbeitnehmer, die frei von ansteckenden Krankheiten sind, eine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik erhalten?

Bonn, den 4. Mai 1962